In Deutschland (und der EU) wird's dunkel!

25.05.2025

(ein Gastbeitrag von Veronika Herwegh, KV Rosenheim dieBasis)

Die vergangenen Tage haben mich sehr zum Nachdenken angeregt, was sich in Deutschland und der EU derzeit abspielt: Ausschlaggebend dafür war das aktuelle Sanktionspaket der EU, beschlossen am 20.05.2025, in dem gegen 21 natürliche und 6 juristische Personen Sanktionen erhoben wurden – u.a. gegen den deutschen Blogger und Journalisten Thomas Röper, der in St. Petersburg lebt.

Mit seiner Arbeit als „Anti-Spiegel“ leistet er aus meiner Sicht sehr fundierte Beiträge – ausschließlich mit Quellenangaben! - Dinge aus russischer Sicht und eben oft auch anders als von „unserer Demokratie“ gewünscht, darzustellen. Er übersetzt Reden z. B. des Russischen Präsidenten oder des Russischen Außenministers, als auch deren Sprecher, ins Deutsche – wo könnten wir diese sonst nachlesen, wenn nicht beim „Anti-Spiegel“? Es ist für einen Korrespondenten ein völlig normaler Vorgang z. B. an eine Kriegsfront zu reisen und sich selbst ein Bild der Lage zu machen, Soldaten zu interviewen und davon zu berichten. Nur weil diese Berichte nicht in das Bild „unserer Demokratie“ oder in die von der Politik vorgegebene Ansicht passen, schränkt man diese nun ein.

Hat man denn vergessen, dass es in Deutschland das Grundgesetz und hier ganz besonders den Art. 5 (1) und Art. 19 (1, 2 und 4) gibt?

Hat man in der EU vergessen, dass es die Charta der Menschenrechte gibt – insb. Art.11?

In dem Vorwurf, der über Thomas Röper „ausgeschüttet“ wurde, klingt selbst ein Augenzeugenbericht als Aussage vor dem UN-Sicherheitsrat als illegitim. Ein Erlebnisbericht, ein Bericht über das Geschehen an der Kriegsfront, ein menschliches Empfinden, wird als Grundlage herangezogen, „unsere Demokratie“ zu stören. Glaubt das EU-Parlament wirklich, die EU-Bürger wären nicht in der Lage, sich selbst ein Bild zu machen, sich selbst eine Meinung zu bilden?

Wovor hat man Angst? Vor einem Blogger, der seine Rückschlüsse anhand von Quellen zieht und diese veröffentlicht? Ein Telegram-Kanal mit 128.000 Followern (die EU hat 448,5 Mio Einwohner!), ein einzelner Autor soll also von seinem Küchentisch in St. Petersburg aus einen „bewaffneten Konflikt erleichtern“ oder „die Werte und Verfahren politischer Prozesse negativ beeinflussen, gar vorsätzlich und koordiniert untergraben oder bedrohen“? Wie kann durch eine einzelne Person die freiheitlich demokratische Grundordnung (Definition?) gestört werden?

Ist das alles wahr – in der „besten Demokratie aller Zeiten, in unserer Demokratie“ – dass nun deutsche Staatsbürger von der EU um ihre Rechte der Meinungsfreiheit, der Reisefreiheit und dem Recht der freien Arbeit zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts gebracht werden? Ich kann es einfach nicht glauben, wie weit man gesunken sein muss.

Es ist an uns allen, dies anzuprangern. Denn, um es mit Martin Niemöller zu sagen:

*„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler.
Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“*

Heute trifft es Thomas Röper (der noch darüber lachen kann) und auch Alina Lipp. Wen trifft es morgen?

Hier ein Interview mit Thomas Röper auf „apolut“ (wie lange bleibt uns diese Plattform noch erhalten?) <https://apolut.net/im-gespraech-thomas-roeper-3/>

Nachfolgend Auszüge aus Gesetzestexten und Links zum Sanktionspaket und der Begründung:

1. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

<https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>

Art 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Art 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben....

2. EU-Charta der Menschenrechte

https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

Art. 11

(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

3. Begriff der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (fdGo)

Begriffsklärung und Nennung im GG <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202025/freiheitliche-demokratische-grundordnung/>

Die freiheitliche demokratische Grundordnung erfährt trotz mehrfacher Verwendung durch das Grundgesetz (GG) keine Legaldefinition durch dieses, oder das Bundesverfassungsgerichtsgesetz obwohl in dessen ersten Referentenentwurf eine ebensolche vorgesehen war. Begrifflich klar ist allerdings, dass die Grundordnung nur ein Ausschnitt der staatlichen Gesamtordnung ist, dem das GG eine herausgehobene Wichtigkeit verleiht. Diese Wichtigkeit wird durch die Adjektive „freiheitlich“ und „demokratisch“ charakterisiert. Freiheitlich ist die Grundordnung, da sie das Individuum durch staatliche Gewähr und staatlichen Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) und der Grundrechte (Art. 2–19 GG) vor staatlicher Willkür bewahrt.

4. Document 32025D0966

Beschluss (GASP) 2025/966 des Rates vom 20. Mai 2025 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2024/2643 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202500966

„Thomas Röper ist ein deutscher Blogger. Durch sein Netzwerk von Online-Kanälen unter der Bezeichnung ‚Anti-Spiegel‘ verbreitet er **systematisch Fehlinformationen** über den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und **spricht der ukrainischen Regierung die Legitimation ab, insbesondere im Hinblick auf die Manipulation der öffentlichen Meinung in Deutschland in Bezug auf Unterstützung für die Ukraine.**

Darüber hinaus **legitimierte** er die illegale Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland, indem er **als ‚Wahlbeobachter‘ fungierte** und an einer Kampagne zur Förderung des illegalen Referendums Russlands über die Abspaltung der von Russland besetzten Gebiete von der Ukraine teilnahm. Außerdem **diente er als Sprecher für die Regierung der Russischen Föderation zur Verbreitung russischer Propaganda-Narrative, unter anderem bei VN-Treffen nach der Arria-Formel.** (Anmerkung: Augenzeugenbericht von seiner Reise in den Donbass in einer Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – UN: Arria-Formel-Sitzungen als Instrument der Krisenbewältigung und -prävention)

Thomas Röper ist daher **beteiligt am Einsatz von Informationsmanipulation und Einflussnahme und unterstützt diesen, und er erleichtert einen bewaffneten Konflikt in einem Drittland.**“

5. Document 32024D2643

Amtsblatt der Europäischen Union | DE | Reihe L 2024/2643 | 9.10.2024

BESCHLUSS (GASP) 2024/2643 DES RATES vom 8. Oktober 2024

**über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands
DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION — gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 29, gestützt auf den Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,**

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN-DE/TXT/?from=EN&uri=CELEX%3A32024D2643>

in Erwägung nachstehender Gründe:

...

(3) | Am 9. März 2022 stellte das Europäische Parlament in seiner Entschließung zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, fest, dass Russland vor und während seines Angriffskrieges gegen die Ukraine sowohl in den traditionellen Medien als auch auf den Plattformen der sozialen Medien **Falschinformationen** von beispielloser Heimtücke und in beispiellosem Ausmaß verbreitet hat und weiterhin verbreitet, **um seine Bürger im eigenen Land und die internationale Gemeinschaft zu täuschen. Das Europäische Parlament betonte, dass Russland eines der Länder ist, die Journalisten und Gegner in der Union ins Visier genommen haben.**

(7) | In seinen Schlussfolgerungen vom 21. Juni 2022 sowie denen vom 18. Juli 2022 forderte der Rat den Hohen Vertreter und die Kommission erneut auf, unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten Optionen für genau definierte **Maßnahmen zu entwickeln, die gegen Akteure ergriffen werden könnten, die an ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung beteiligt sind, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der Union erforderlich ist.**

(8) | Im Februar 2023 veröffentlichte der Europäische Auswärtige Dienst einen **Bericht über Bedrohungen durch ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme**, in dem er diese Bedrohungen als eine zumeist nicht rechtswidrige Verhaltensweise definierte, **die Werte, Verfahren und politische Prozesse bedroht oder negativ beeinflussen könnte.** Diese Aktivitäten sind ihrem Wesen nach manipulativ und werden von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich ihrer Stellvertreter, innerhalb und außerhalb ihres eigenen Hoheitsgebiets **vorsätzlich und koordiniert** durchgeführt.

(9) | Am 3. Februar 2023 bekräftigte die Union in einer Erklärung im Anschluss an das 24. Gipfeltreffen EU-Ukraine ihre Solidarität mit der Ukraine bei der Abwehr von hybriden Bedrohungen und Cyberangriffen sowie ihre Zusage, die diesbezügliche Unterstützung fortzusetzen. Die Union und die Ukraine erkannten an, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der **staatlich kontrollierten Informationsmanipulation und Einflussnahme** Russlands, einschließlich Desinformation, zu intensivieren und die Resilienz der Ukraine beim digitalen Wandel zu stärken.

(10) | Am 1. Juni 2023 betonte das Europäische Parlament in einer Entschließung zur **Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Union, einschließlich Desinformation**, dass Russland die verschiedensten Möglichkeiten zur Einflussnahme nutzt, die in eine umfassendere Strategie eingebettet sind, die der **Schädigung, Verwirrung, Einschüchterung, Schwächung und Spaltung der Mitgliedstaaten** und ihrer Nachbarländer dient.

....

(17) | **Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechten und -freiheiten, insbesondere mit der Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit**, der unternehmerischen Freiheit und dem Eigentumsrecht gemäß den Artikeln 11, 16 und 17 der Charta. Insbesondere ändern diese Maßnahmen nicht die Pflicht zur Achtung der Rechte, Freiheiten und Grundsätze, die in Artikel 6 EUV, der Charta der Grundrechte und in den Verfassungen der Mitgliedstaaten genannt werden, in deren jeweiligen Anwendungsbereichen.

...

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um zu verhindern, dass im Anhang aufgeführte **natürliche Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen**

Artikel 2

(1) **Sämtliche Gelder** und wirtschaftlichen Ressourcen, **die im Besitz oder im Eigentum** von natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen stehen oder von natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten oder **kontrolliert werden, die im Anhang aufgeführt sind, werden eingefroren.**